

**Thronrede Sr. Majestät des Königs
zur Eröffnung des Landtages
am 6. Oktober 1869.**

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtages!

In der bevorstehenden Session werden Sie zur Betheiligung an wichtigen Aufgaben für die Wohlfahrt der Monarchie und für die Entwicklung der Gesetzgebung berufen sein.

Obwohl die Zuversicht auf Erhaltung des Friedens, sowie der im Allgemeinen gesegnete Ausfall der Ernte begründete Aussicht auf die Wiederkehr des früherhin stattgefundenen naturgemäßen Wachstums der Einnahmen gewähren, hat sich die Finanzlage des Staates doch zunächst noch nicht wesentlich günstiger gestaltet.

Aus dem Ihnen vorzulegenden vollständigen Finanznachweise über das Jahr 1868 werden Sie ersehen, daß in Folge unabwendbarer Verhältnisse einerseits die Einnahmen hinter dem Voranschlage zurückgeblieben, andererseits die etatsmäßigen Ausgaben überschritten worden sind und letztere mit den vorhandenen Mitteln nicht vollständig haben gedeckt werden können. Angesichts dieser Ergebnisse und der Lage des diesjährigen Staatshaushalts-Etats waren die Bemühungen Meiner Regierung dahin gerichtet, durch eine Vermehrung der eigenen Einnahmen des Norddeutschen Bundes eine Erleichterung Preußens in seinen bundesmäßigen Leistungen herbeizuführen. Diese Bemühungen haben den gehofften Erfolg nicht gehabt. Es ist daher unmöglich gewesen, in dem Staatshaushalts-Etat für das nächste Jahr, welcher Ihnen baldigst vorgelegt werden wird, das Gleichgewicht zwischen den Einnahmen und Ausgaben herzustellen, obgleich die letzteren so weit beschränkt worden sind, als es ohne Beeinträchtigung wichtiger Interessen des Landes thunlich ist. Meine Regierung sieht sich somit in der Nothwendigkeit, Behufs vollständiger Deckung der etatsmäßigen Ausgaben einen Steuerzuschlag in Anspruch zu nehmen.

Die Herstellung und Erhaltung der Ordnung in den Finanzen ist zur gedeihlichen Entwicklung aller Staatseinrichtungen unbedingt nothwendig. Mit Herbeiführung derselben darf nicht gezögert, die Opfer, welche sie erheischt, dürfen nicht gescheut werden. Je später sie gebracht würden, desto schwerer würde das Land sie empfinden. In der Ueberzeugung, daß Sie diese Auffassung theilen, rechne Ich mit Zuversicht darauf, daß Sie den Vorschlägen Meiner Regierung Ihre Zustimmung nicht verjagen werden.

Es wird Ihnen eine Vorlage zugehen, welche eine Abänderung der gesetzlichen Vorschriften über die Veranlagung der klassifizirten Einkommensteuer bezweckt, um die gleichmäßige Ausführung dieses Gesetzes mehr als bisher zu sichern.

In dem Entwurfe einer neuen Kreis-Ordnung, zunächst für die sechs östlichen Provinzen, wird Ihnen eine Vorlage von umfassender Bedeutung für die gesammte Staatsverwaltung gemacht werden. Dieselbe beschränkt sich nicht auf eine Abänderung derjenigen Bestimmungen der jetzt bestehenden Kreis-Ordnungen, welche vielfach als verbesserungsbedürftig bezeichnet und von Meiner Regierung als solche anerkannt worden sind. Mit der Umgestaltung der bisherigen Kreisversammlungen schlägt sie Ihnen zugleich die Bildung von Organen der Kreis-Kommunalverwaltung vor, welche nicht nur geeignet sein werden, die Theilnahme der Kreis-Angehörigen an dieser Verwaltung zu beleben und zu sichern, sondern auch berufen werden sollen, einen Theil solcher Geschäfte der allgemeinen Landesverwaltung zu übernehmen, welche bisher von staatlichen Behörden versehen wurden. Gelangt zunächst in den Kreisen der östlichen Provinzen, als den Mittelpunkten des dortigen kommunalen Lebens, der Gedanke der Selbstverwaltung in durchgreifender Weise zur Verwirklichung, so wird sich eine Ausdehnung derselben auf die übrigen Landestheile und ihre weitere Entwicklung nach oben hin naturgemäß anschließen.

Meine Regierung wird Ihnen, entsprechend den bei früheren Berathungen geäußerten Wünschen, den Entwurf eines vollständigen, alle Stufen des Unterrichts umfassenden Gesetzes über das Unterrichtswesen vorlegen.

Die in der vorigen Session begonnenen wichtigen Berathungen zur Reform der Gesetzgebung über das Grundeigenthum und die dinglichen Rechte werden wieder aufgenommen werden.

Meine Regierung ist fort und fort darauf bedacht, im Interesse des allgemeinen Verkehrs Kunststraßen und Eisenbahnen nach Maßgabe der finanziellen Mittel zu vermehren; zu ihrem Bedauern hat sie sich jedoch durch die Unzulänglichkeit der Staatseinnahmen genöthigt gesehen, auch auf diesem Gebiete Einschränkungen eintreten zu lassen.

Auf die Förderung der Landwirtschaft ist die Sorge Meiner Regierung unausgesetzt gerichtet. Die wirtschaftliche Zusammenlegung der Grundstücke macht auch in denjenigen Landestheilen, in welchen sie erst neuerdings gesetzlich ermöglicht oder erleichtert worden ist, erfreuliche Fortschritte.

Die sorgsamsten Bestrebungen Meiner Regierung, den Frieden zu erhalten und zu befestigen, sowie die Beziehungen zu den auswärtigen Mächten vor jeder Trübung zu bewahren, sind mit Gottes Hilfe erfolgreich gewesen. Ich hege die Zuversicht, daß auch für die Folge die von Mir in demselben Sinne geleitete auswärtige Politik zu denselben erfreulichen Ergebnissen führen werde: Förderung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zu allen auswärtigen Staaten, Entwicklung des Verkehrs, Wahrung des Ansehens und der Unabhängigkeit Deutschlands.

Meine Herren! In jüngster Zeit war es Mir vergönnt, in mehreren Provinzen Meiner Monarchie Rundgebungen der Treue und des Vertrauens entgegenzunehmen, welche Mich hoch erfreut haben. In dem Geiste, aus dem dieselben hervorgegangen sind, darf Ich eine neue Bürgschaft für die stetig hoffnungsvolle Entwicklung des Vaterlandes finden. Diese Entwicklung in allen Richtungen nach bestem Wissen zu fördern, darauf ist Mein unablässiges Bestreben gerichtet. Das Gelingen hängt zum großen Theile von Ihrer bereitwilligen Zusammenwirken mit Meiner Regierung ab, und gern spreche Ich die Zuversicht aus, daß es an diesem Zusammenwirken zum Segen des Landes auch in dieser Session nicht fehlen werde.

Die Landtagsarbeiten.

Der Landtag ist in diesem Jahre früher versammelt, als es in der Verfassung vorgesehen ist und als es seither für die alljährliche ordentliche Session hergebracht war.

Die frühere Einberufung war aus zwei Gründen wünschenswerth: einerseits erschien es nothwendig, daß die finanziellen Erwägungen, von welchen die Feststellung des Staatshaushalts-Etats für das kommende Jahr abhängt, vor Eintritt dieses Jahres beendigt seien, — andererseits erfordert das allseitige politische Interesse, daß die Session des Landtages und die darauf folgenden Arbeiten des Reichstages und des Zollparlamentes sich nicht wieder so weit in den Sommer hinein erstrecken, wie es in den beiden letzten Jahren der Fall war.

Was den Staatshaushalt betrifft, so war früher Seitens der Landesvertretung selbst vielfach das Verlangen gestellt worden, daß die Regierung die Berufung möglichst zeitig eintreten lasse, damit die Feststellung des Staatshaushaltsgesetzes vor Beginn des Finanzjahres sicher erfolgen könne. Wenn die Staatsregierung ihrerseits wiederholt die Ansicht geltend gemacht hat, daß die Berathung und Feststellung des Budgets unter gewöhnlichen Verhältnissen in dem Zeitraum von Anfang November bis zum Schlusse des Jahres erfolgen könne, so erschien doch in diesem Jahre mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Bedürfnisse des nächsten Budgets eine frühere Einberufung geboten. Schon bei den Berathungen im Reichstage kündigte Graf Bismarck an, daß nach der Ablehnung der dort gemachten Finanzvorlagen nichts Anderes übrig bleibe, als auf dem Gebiete des preussischen Staatshaushalts die Deckung der vorhandenen Ausfälle zu suchen und zu diesem Zwecke eine möglichst frühe Berufung des Landtages eintreten zu lassen.

Der Staatshaushalt wird dem Landtage sofort nach der Konstituierung des Abgeordnetenhauses vorgelegt werden. Es ist kaum zu bezweifeln, daß das Haus in Bezug auf die geschäftliche Behandlung derselben diejenigen Wege betreten werde, welche unbeschadet einer sorgfältigen und gründlichen Prüfung den rechtzeitigen Abschluß und Erfolg der Berathungen am sichersten in Aussicht nehmen lassen. Die Vorberathung des Staatshaushalts hat im Abgeordnetenhause schon in den letzten Jahren nicht mehr im Schooße einer Kommission, sondern alsbald in öffentlicher Verhandlung des ganzen Hauses stattgefunden, und die große Mehrheit des Hauses hat diese Art der Vorberathung

mehr und mehr bewährt gefunden. Wenn diesmal in der Forderung außerordentlicher Mittel zur Deckung der Staatsausgaben ein Anlaß zu besonders eingehender Erwägung der Finanzverhältnisse liegt, so dürfte es doch kaum geboten erscheinen, auch in Bezug auf alle einzelnen Theile des Budgets, welche im Laufe der Jahre bereits vielfältig erörtert worden sind, zu dem früheren zeitraubenden Wege der Kommissionsberathung zurückzukehren.

Bei den selbstständigen Entschlüssen der Landesvertretung über den geschäftlichen Gang der Session wird überdies der Wunsch, den bedeutenden Organisationsgesetzen, welche die Thronrede angekündigt hat, eine möglichst eingehende und förderliche Berathung zu widmen, erheblich ins Gewicht fallen.

Je dringender die Anbahnung neuer Organisationen auf dem Gebiete der kommunalen Einrichtungen und der Verwaltung seit Jahren verlangt worden ist, desto mehr werden alle gemäßigten Parteien sich mit der Regierung in dem Bestreben vereinigen, die Session in dieser Beziehung nicht fruchtlos verlaufen zu lassen.

So umfassend aber die Aufgaben des Landtags sind, so wird derselbe bei der Regelung seiner Thätigkeit doch zugleich die Rücksicht auf den nachfolgenden Reichstag nicht außer Acht lassen können. Nicht bloß für die einzelnen Mitglieder des Landtags und des Reichstags, sondern für die gesammte Entwicklung unseres öffentlichen Lebens ist es von Wichtigkeit, daß die Thätigkeit der gesetzgeberischen Versammlungen nicht wie seither den größten Theil des Jahres ausfülle. Der Eifer der Beteiligten sowohl, wie das Interesse der Bevölkerung an den parlamentarischen Berathungen läuft Gefahr, bei einer zu langen Dauer der jährlichen Sessionen zu erschaffen.

So lange nicht eine Vereinfachung und Verschmelzung der politischen und parlamentarischen Einrichtungen in Aussicht zu nehmen ist, durch welche die bisherige Häufung legislativer Sessionen verringert wird, muß das allseitige Interesse und Bestreben sich dahin richten, die einzelnen Sessionen nicht über Gebühr und Nothwendigkeit auszudehnen.

Als wichtige Rücksicht kommt diesmal noch hinzu, daß im kommenden Jahre doppelte Neuwahlen, für das Abgeordnetenhaus sowohl, wie für den Reichstag bevorstehen. Um so mehr werden diejenigen, welchen eine gesunde politische Entwicklung am Herzen liegt, ihr Augenmerk darauf richten, daß nicht durch eine übermäßige Ausdehnung der parlamentarischen Sessionen das politische Interesse abgestumpft werde.

(Weitere nationale Kundgebungen aus Baden.) Die hochherzige Thronrede des Großherzogs von Baden hat seitens der dortigen Landesvertretung Erwiderung in gleichem Sinne gefunden.

In der Adresse der Ersten Kammer heißt es:

„Von ganzer Seele stimmen wir dem patriotischen Gedanken bei, welchen Eure Königl. Hoheit bei diesem Anlaß von Neuem als den Leitstern Ihrer Politik ausgesprochen haben. Auch wir betrachten die Neugestaltung Deutschlands und zunächst die nationale Einigung der süddeutschen Staaten mit dem norddeutschen Bunde als eine Grundbedingung für die Sicherheit dieser Staaten, für die Gesundheit und Wohlfahrt der ganzen deutschen Nation und für die friedliche Entwicklung von Europa. Wenn gleich seit zwei Jahren kein entscheidender Fortschritt in dieser Richtung geschehen ist, so ist doch das Bedürfnis dieser Einigung inzwischen gewachsen und die Einsicht in ihre Nothwendigkeit hat sich in den politisch denkenden Kreisen weiter verbreitet. Wir freuen uns, zu erfahren, daß das gemeinsame Verteidigungssystem von ganz Deutschland durch neuere Verabredungen eine größere Festigkeit erhalten hat, und sind stolz darauf, zu hören, daß unsere badischen Truppen heute schon von dem erhebenden Gefühl befeelt sind, der verbündeten Norddeutschen Armee in Folge derselben Wehrverfassung, gleicher Ausbildung und Leistungsfähigkeit als ein gleichberechtigter Heeresheil würdig beitreten zu können. In der Organisation des deutschen Zollvereins, in dem Zollbundesrathe und dem Zollparlament erkennen wir eine werthvolle Einrichtung für einen beschränkten Kreis unserer gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen und zugleich eine Bürgschaft der künftigen Einigung auch in den übrigen nationalen Angelegenheiten.“

Bei der Berathung dieser Adresse äußerte sich der Minister des Aeußern von Freydorf über die Frage der deutschen Einigung wie folgt:

„Es ist Angesichts wiederholter Kundgebungen vom Throne wohl überflüssig, die Versicherung zu wiederholen, daß wir fortan bestrebt sein werden, die nationale Einigung des Südens mit dem Norden Deutschlands zu verwirklichen.“

Wir werden's erreichen. Wir haben in unseren Tagen gesehen, daß Italien eine straffere Einigung fertig gebracht hat, als die, welche wir anstreben, einen Einheits-, nicht nur einen Bundesstaat. Italien hat dies Ziel erreicht, unter Führung eines Königs, der ursprünglich nur über 4½ Millionen Einwohner herrschte; es hat dies Ziel erreicht, obgleich es sich für seine Bestrebungen nur auf das Recht der Nationalität berufen konnte. Deutschland steht an Macht und an nachhaltiger Kraft des Volkes nicht hinter Italien zurück. Während Italien 1000 Jahre rückwärts niemals ein Einheits- oder auch nur ein Bundesstaat war,

kann sich Deutschland auf eine Geschichte von 1000 Jahren berufen, in denen es ein deutsches Reich, dann einen Bundesstaat bildete.

Italien ist trotz aller Hindernisse zum Einheitsstaat durchgedrungen. Unser Ziel ist weit näher gesteckt, wir wollen einen deutschen Bundesstaat, und nach diesem näheren Ziele haben wir weit weniger Hindernisse zu überwinden.

Es ist in der Thronrede gesagt, daß in der Frage der nationalen Einigung kein entscheidender Schritt geschehen. Doch hat der nationale Gedanke nicht nur in der Idee, sondern in der Wirklichkeit, in gemeinschaftlichen Einrichtungen, Verträgen, Gesetzen, erhebliche Fortschritte gemacht.

Eine der begründetsten ältesten, dringendsten Forderungen des deutschen Volkes ist diejenige eines gemeinschaftlichen Rechts, einer einheitlichen Gesetzgebung für ganz Deutschland. Die Forderung wurde erstmals vor 50 Jahren in diesem Hause gestellt. Diese Forderung kehrte in den 30er und 40er Jahren so dringend wieder, daß selbst der Bundestag Hand anlegen und vermittelst schwerfälliger Kommissionsberathungen, deren Ergebnis wieder von der Zustimmung von 35 Regierungen und noch mehr Kammern abhing, einige gemeinschaftliche Gesetze schaffen mußte.

Dieses Gesetzgebungswerk schreitet in den neu geschaffenen, gesetzgeberischen Organen des Norddeutschen Bundes rascher und energischer voran. Die süddeutschen Staaten haben die Wahl, entweder ihre 8 Millionen Deutsche von der Wohlthat eines einheitlichen Rechts auszuschließen, oder aber, die Gesetze, sowie sie aus dem Norddeutschen Bundesrath und Parlament hervorgegangen, ihren Ständen zur Zustimmung vorzulegen. Das ist eine sehr scheinbare Wahrung der Souveränität und man wird wohl über kurz oder lang zu der Ueberzeugung kommen, daß es eine angemessenere, souveränen Staaten würdigere Stellung ist, diese Gesetze im erweiterten Bundesrath und Parlament zu berathen, ihre Interessen und Ansichten rechtzeitig geltend machen zu können, statt diese Gesetze, so wie sie Norddeutschland beschlossen hat, mit nur scheinbarer Wahrung des eigenen Gesetzgebungsrechts, hinzunehmen.

Man tadelt uns, daß wir einer Verbindung mit dem Norddeutschen Bunde zusteuern, und nicht vielmehr uns mit den andern süddeutschen Staaten ins Benehmen setzen, um einen Südbund zu gründen. Ich bitte doch, mir zu sagen, mit wem ich ins Benehmen treten soll, nachdem sowohl der leitende Minister in Bayern, wie der württembergische Staatsminister vor ihren Ständen und mit sehr guter Begründung sich gegen den Südbund ausgesprochen, diesen für eine Unmöglichkeit erklärt haben. Man will den Südbund zu einem Bindeglied zwischen Oesterreich und dem Norddeutschen Bunde machen. Alle Politiker, welche nach Herstellung eines einheitlichen mächtigen Deutschlands streben, erkannten vor Allem das Bedürfnis, den störenden und schädlichen Dualismus (den Doppelseinfluß Preußens und Oesterreichs) zu entfernen. Dies ist 1866 durch endgiltiges Ausscheiden Oesterreichs aus Deutschland zum Heile beider Theile geschehen.

Wir werden nicht die Hand bieten zur Wiedereinführung des Dualismus in Deutschland. Dagegen stand seit 1848 auf dem Programm aller derjenigen Patrioten, welche die deutsche Frage durch ein Ausscheiden Oesterreichs und durch Einigung der übrigen deutschen Staaten unter Preußens Führung lösen wollten, ein inniges Freundschafts- und Bundesverhältnis mit Oesterreich. Dies wird um so eher zu Stande kommen, wenn die süddeutsche Frage aus der Welt geschafft ist. Schon heute aber wird jeder gute Deutsche jedes Zeichen einer freundschaftlichen Annäherung zwischen Oesterreich und dem Norddeutschen Bunde mit Freude begrüßen.“

Unser König hat den Geburtstag der Königin (am 30.) mit Ihrer Majestät und der Großherzoglichen Familie von Baden, wie alljährlich, auf dem Lande gefeiert. In den letzten Tagen empfing der König in Baden-Baden den Besuch des Fürsten Karl von Rumänien (Prinzen von Hohenzollern). Heute (Mittwoch) ist Se. Majestät zur Eröffnung des Landtags nach Berlin zurückgekehrt, wird sich aber demnächst nach Baden zurückbegeben, um dort mit seiner erlauchten Gemahlin noch bis gegen Ende Oktobers zu verweilen.

Unser Kronprinz hat sich am Sonntag (3.) nach Baden-Baden begeben, um sich von seinen erlauchten Eltern zu verabschieden und dann seine Reise über Wien nach dem Orient anzutreten.

Heute (6.) Abends gedenkt Se. Königliche Hoheit in Wien einzutreffen.

Der Besuch unseres Thronerben am Kaiserlichen Hofe ist mit Recht überall als ein bedeutsames Anzeichen dafür aufgefaßt worden, welchen Werth die beiderseitigen Regierungen auf die erneute Bethätigung freundschaftlicher Beziehungen legen. In solchem Sinne ist der Besuch diesseits in Aussicht genommen und in gleichem Geiste von Sr. Majestät dem Kaiser-König Franz Joseph entgegenkommend begrüßt worden.